



Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin +++ Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin

## 20. Januar 2012

Thema der Woche: »Gesellschaftliche Teilhabe«

### Internet für alle

Bildung und Wissen sind zwei Grundpfeiler des gesellschaftlichen Lebens – über diese Tatsache sind sich alle einig. Dass in Zeiten des Internet ein wesentlicher Teil des Wissens aus dem WorldWideWeb erlangt wird, ist längst kein Geheimnis mehr: Wir befinden uns auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft.

Im Sommer 2010 hat die bundesdeutsche Politik – wenn auch spät – auf die Entwicklungen reagiert und eine Enquete-Kommission zum Thema Netzgesellschaft eingerichtet. Enquete-Kommissionen sind überfraktionelle Arbeitsgruppen, die langfristige Fragestellungen lösen sollen. Ziel ist es, zu einer Lösung zu kommen, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden kann.

Soweit der Anspruch; die Realität in der Bundestagskommission sieht leider anders aus: „Ich hätte mich gefreut, wenn unterschiedliche Positionen auch mal pointiert als solche festgehalten worden wären. Ein zugespitzter Widerspruch hätte der gesellschaftlichen Debatte sicher mehr genützt als ein Suchen von Kompromissen um jeden Preis oder das Durchsetzen der eigenen Meinung“, bedauert Halina Wawzyniak von der Linksfraktion in ihrer Rede zum zweiten Zwischenbericht des Gremiums, hofft aber noch auf einen Wandel: „Die Enquete-Kommission ‚Internet und Digitale Gesellschaft‘ muss den Mut haben, ihrem Namen gerecht zu werden, indem sie neue Wege politischer Teilhabe beschreitet und eine neue Diskussionskultur begründet.“

Denn Netzpolitik ist immer Politik, die sich mit Teilhabe beschäftigt – ob nun politische oder gesellschaftliche. Deshalb sollte die Kommission sich unter anderem mit dem Schwerpunkt „Bildung“ beschäftigen. Ohne Medienkompetenz ist der Zugang zu Wissen längst nicht mehr möglich. Da waren sich die im Bundestag vertretenen Parteien einig. Uneins bleibt man aber, wie eine sozial gerechte Medienbildung gewährleistet werden kann. Anders als die Koalitionsfraktionen und die SPD fordert DIE LINKE, ein Recht auf Zugang zu den digitalen Medien. Dafür nutzen ein paar Euro mehr bei Hartz IV für den Internetanschluss wenig. Man muss sich auch noch einen Computer leisten können. Deshalb muss eine entsprechende Ausstattung künftig zum Existenzminimum gehören.



Foto: flickr.com

ANGEMERKT

### Dem Gemeinwohl verpflichtet

*Der Begriff Teilhabe ist in aller Munde. Er umfasst so viele Aspekte des Zusammenlebens und gewinnt damit zunehmend politische Bedeutung. Gesellschaftliche Teilhabe ist Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde.*

*Ohne gute Bildung und Ausbildung fehlt oft die Anstellung, die zu einem von sozialen Transferleistungen unabhängigen Dasein verhilft. Als Folge bleiben den Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind zu häufig die Türen zu kulturellen Ereignissen, zu Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Netzwerken verschlossen.*

*Durch die Sanktionen, die die Hartz IV-Gesetzgebung vorschreibt, werden die sozialen Bürgerrechte der Betroffenen außerdem erheblich eingeschränkt. Die Ämter schreiben ihnen letztlich das Maß der Teilhabe vor.*

*Das alles hat mit einem Leben in Würde und Freiheit wenig zu tun.*

*Deshalb ist die Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe ein grundsätzliches Problem. Deshalb ist es unabdingbar, dass dieser fatale Kreislauf, zu dem gerade auch das sozial ungerechte Schulsystem hierzulande führt, durchbrochen wird.*

*Deshalb muss der Zugang zu Bildung und Wissen und zum Internet ein Grundrecht sein. Auf keinen Fall dürfen die digitalen Medien ein exklusives Spielzeug derer, die es sich leisten können, bleiben.*

*Bildung und Wissen sind die Schlüsselressourcen für die Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben. Es ist Aufgabe einer gemeinwohlorientierten Politik, hier die Weichen zu stellen, damit niemand auf Hartz IV oder andere Sozialleistungen angewiesen ist und die sozialen Bürgerrechte nicht länger eingeschränkt werden.*

### Schule der Zukunft

Ohne das Wissen aus dem Netz ist das Grundrecht auf Bildung nicht mehr gewährleistet

www.jens-petermann.de

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## Bildungspolitischer Richtungswechsel

Das Bildungssystem in Deutschland ist in einem schlechten Zustand: Bund und Länder verwehren vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gute Bildung. Insbesondere das Schulsystem erweist sich als sozial ungerecht, wie Studien der internationalen Bildungsorganisation OECD immer wieder aufs Neue belegen.

Im Jahr 2009 gingen 58.000 Jugendliche von der Schule ohne Abschluss ab. Trotz dieser erschreckenden Zahl plante die zuständige Familienministerin empfindliche Kürzungen für ein Programm, das Jugendlichen hilft, ihren Weg zurück in die Schule zu finden. Gemeinsam mit Sozialverbänden, SPD und Grünen ist es der LINKEN vorerst gelungen, die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ zu erhalten – allerdings nur bis 2013, wobei lediglich Zweidrittel der bisherigen Fördergelder bereitstehen.

Die Bundesregierung verletzt mit solchen Entscheidungen sehenden Auges ihren eigenen Koalitionsvertrag, in dem von einer eigenständigen Jugendpolitik die Rede ist, „...die junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale fördert und ausbaut“.

Anscheinend geht es Schwarz-Gelb aber nur um ausgesuchte Jugendliche, solche von denen man glaubt, sie wären die Eliten von morgen. Dies allerdings ist eine kurzsichtige Politik, die verkennet, dass Investition in Bildung heute, eine Investition in die Gesellschaft von morgen ist. Ein sozial gerechtes Schulsystem in der Gegenwart ist Grundstein für eine solidarische Gesellschaft in der Zukunft.

Aber Solidarität und Gerechtigkeit gehören nicht zu den Maximen von Union und FDP, wie sich auch in anderen Aspekten der Bildungspolitik immer wieder erkennen lässt. Beispielsweise sind sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften ausnahmsweise einig und möchten eine dreijährige Berufsausbildung als gleichwertige Qualifikation zum Abitur festschreiben. Die Kultusministerkonferenz aber wehrt sich mit aller Macht gegen eine solche Einstufung, da die schulische „Reifeprüfung“ mehr wert sei als die Gesellenprüfung in der Berufsbildung.

Mit einem derart elitären Blick auf die Wertigkeit von Qualifikationen ist eine gerechte, auf Chancengleichheit orientierte Politik unmöglich. Deshalb fordert DIE LINKE ein Umdenken in der Bildungspolitik, die die Teilhabe aller Jugendlichen an Wissen und Ausbildung ermöglicht.

*Rede von Matthias Birkwald am 19. Januar 2012 im Deutschen Bundestag*

### „Menschenwürde und soziale Sicherheit“

[...]Wir wollen, dass auch Hartz-IV-Betroffene, Menschen mit Behinderung, Kranke und Pflegebedürftige ein Leben in Würde führen können.

Ein würdevolles Leben kann der Mensch jedoch nur in Freiheit führen. Die Freiheit, die wir meinen, ist jedoch nicht die Freiheit der Märkte und der Marktradikalen; denn wir wollen nicht, dass die einen im Champagner baden und die anderen gezwungen sind, ihr Essen aus den Mülltonnen zu holen.

*(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): So ein Blödsinn!)*

In einer menschlichen Gesellschaft, die es mit sozialen Rechten ernst meint, darf das Recht des Stärkeren nicht gelten. Wir Linken meinen eine Freiheit, die vor staatlicher Willkür schützt, dabei aber nicht stehen bleibt; denn die Freiheit der Armen, sich als Bittstellerinnen und Bittsteller an den Staat oder an die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wenden, wenn das Geld nicht zum Leben reicht, ist eine würdelose Freiheit. Das ist einer der zentralen Gründe, warum wir Linken niemals unseren Frieden mit Hartz IV machen werden.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Würde braucht Freiheit, aber ohne soziale Rechte bleiben Freiheit und Würde für einen großen Teil der Menschen nur eine Möglichkeit, die sie sich nicht leisten können. Deswegen ist die Linke die Partei der Freiheit, der Würde und der Solidarität.

*(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner (FDP): Sprüche!)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie haben Ihren Antrag mit „Soziale Bürgerrechte garantieren“ überschrieben. Diese wichtige Forderung teilt die Linke ausdrücklich. Mit den vielen Einzelforderungen Ihres Antrages haben Sie unter dem Strich ein Ziel: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen vom Staat und von der Verwaltung nicht als Bittstellerinnen und Bittsteller behandelt werden. Das sehen wir Linken ganz genauso.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Es geht um soziale Rechte und nicht um Almosen. Das muss selbstverständlich für alle gelten, die hier leben, also zum Beispiel auch für Flüchtlinge, für Asylbewerberinnen und Asylbewerber und für alle Menschen ohne deutschen Pass. Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, sagen Sie in Ihrem Antrag leider kein Wort, und das ist schwach.

*(Beifall bei der LINKEN)*

[...]Genau deshalb ist es umso wichtiger, dass die Leistungsberechtigten in den Jobcentern darauf pochen können, mitzuentcheiden, welche Weiterbildung, welcher Schulbesuch oder welche sonstige Maßnahme für sie die Richtige ist.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der Grünen))*

Im Unterschied zu den Grünen sagen wir Linken: Die Arbeitslosen müssen beispielsweise auch frei wählen dürfen, welcher Fallmanager oder welche Fallmanagerin für sie zuständig ist; denn auch Hartz-IV-Betroffene haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das darf nicht an der Tür des Jobcenters enden.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Hartz-IV-Betroffene haben nicht die Möglichkeit, das Jobcenter zu wechseln wie ihre Bäckerei. Sie können sich nur beschweren, Widerspruch einlegen oder klagen. Das heißt: Erstens. Widersprüche der Hartz-IV-Leistungsberechtigten müssen eine aufschiebende Wirkung bekommen. Zweitens. Ihnen darf der Klageweg auch in Zukunft nicht durch Kosten versperrt werden.

*(Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU): Wird er doch gar nicht!)*

Die Sozialgerichtsprozesse müssen für die Betroffenen grundsätzlich kostenfrei bleiben.

*(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Uwe Kekeritz (Grüne))*

*Die vollständige Rede ist zu finden unter:*

<http://www.linksfraktion.de/reden/linke-steht-menschenwuerde-soziale-sicherheit/>